

Einfache Anfrage SP-Fraktion vom 14. September 2020

Brand im Flüchtlingslager Moria: Ist die Regierung bereit zu handeln?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 22. September 2020

Die SP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 14. September 2020, ob die Regierung bereit ist, den Bundesrat zu einem konsequenten Handeln und zur Aufnahme von Geflüchteten aus Moria (Griechenland) aufzufordern und zu signalisieren, dass der Kanton St.Gallen bereit ist, seine Verantwortung in der Flüchtlingsbetreuung für diese Menschen wahrzunehmen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Lage an der griechisch-türkischen Grenze ist seit längerer Zeit angespannt. Seit Anfang März erreichen uns besorgniserregende Berichte, die Lage in Griechenland ist prekär und viele Flüchtlinge sind menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt. Der Brand im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos hat aufgeschreckt – auch die Regierung. Das grösste Flüchtlingslager Europas war seit Jahren überfüllt und die Zustände sind seit langem unhaltbar. Zuletzt lebten dort nach griechischen Angaben rund 12'600 Flüchtlinge. Das Lager ist auf 2'800 Personen ausgelegt.

Nach dem verheerenden Grossbrand übernachteten nun tausende von Flüchtlingen auf Strassen und Plätzen im Freien. Es droht eine humanitäre Katastrophe. Verschärft wird dies durch das Coronavirus. Derzeit steht die humanitäre Hilfe vor Ort im Vordergrund. Es geht vor allem darum, unverzüglich die Unterbringung, Versorgung und den Schutz der Migrantinnen und Migranten sicherzustellen. Dazu hat die Regierung einen Beitrag von Fr. 30'000.– aus dem Lotteriefonds gesprochen: Mit den Mitteln sollen über die Organisation SAO, eine Partnerorganisation der Glückskette, Notunterkünfte, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs bereitgestellt werden. Zudem will die Schweiz rund 20 unbegleitete Kinder und Jugendliche aus dem Lager in Lesbos aufnehmen. Aus Sicht der Regierung reicht dies allein nicht aus; es bedarf vielmehr einer durch den Bund koordinierten, humanitären Aufnahmeaktion der Schweiz und zwar möglichst rasch. Der Kanton St.Gallen ist bereit und auch in der Lage, seinen Beitrag zu leisten. Die kantonalen und kommunalen Asylunterkünfte sind zurzeit zu 60 Prozent belegt. Die entsprechenden Kapazitäten können somit bereitgestellt werden. Die Regierung wird sich deshalb für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria – auch über die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen hinaus – beim Bundesrat einsetzen.